

„Ungehaltene Reden ungeduldiger Frauen“

Rede von Prof. Ursula Männle, ehemalige Bayerische Staatsministerin, MdB und MdL, zum Internationalen Frauentag am 8. März 2025

Zwei Schlagzeilen in den Zeitungen nach der Bundestagswahl 2025 haben mich aufgebracht: „Frauenquote sinkt – weniger Abgeordnete im Bundestag“ und „Unions-Frauen lehnen die Quote“ ab. Besteht hier nicht ein Zusammenhang, dachte ich erbost. Bei letzterer Überschrift handelt es sich zwar um eine Quotierung im Bundeskabinett, dennoch Quote ist Quote, oft ein ungeliebtes Mittel, aber eines von erheblicher Bedeutung.

Tatsächlich ist der Frauenanteil im neugewählten Parlament um 2,3 % niedriger als 2021. Mit 32,4 % erreicht er nicht einmal ein Drittel aller Abgeordneten – und dies nach jahrelangen Beteuerungen wichtiger Politiker zur Bedeutung der Frauen in den politischen Gremien, sowie Forderungen der Frauen nach Parität in den Parlamenten. Gab es doch im 20. Deutschen Bundestag eine Kommission zur Änderung des Wahlrechts, das auch den Frauenanteil erhöhen sollte. Die Vorschläge enthielten jedoch diese Forderung nicht mehr, obwohl es zu anderen weitreichenden Gesetzesänderungen kam. Selbst Abgeordnete, die eine Parität anstrebten, wagten es nicht, Änderungsanträge zu stellen. Es siegte, wie so oft die Fraktionsdisziplin. Ob es wohl der neue Bundestag schafft? Vorschläge liegen ausreichend vor.

Nach einem absoluten Tief bei der Repräsentanz von Frauen im Deutschen Bundestag in den 50er Jahren, dauerte es bis zur Wahl 1987, dass der Prozentanteil von Frauen die 10% Hürde übersprang. Fast 40 Jahre verharrte er darunter. Erst der Einzug der Grünen in das Parlament brachte den schrittweisen Anstieg, bis er 2021 bei knapp 35 % lag. Und nun wieder ein Rückgang! Oft wird beschönigt, werden die Prozentzahlen zum Ende der Legislaturperiode lieber genannt. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds rücken die nächsten auf den Listen nach und dies sind mehrheitlich Frauen. Sie hatten halt die weniger aussichtsreichen Plätze! Pech, aber nun eine Chance...meist reicht jedoch die verbleibende Zeit als nachgerückte Parlamentsabgeordnete nicht, sich für die nächste Legislaturperiode für eine bessere Ausgangsposition zu profilieren. Der Frauenanteil in den Parteien ist sehr unterschiedlich, bei der Mitgliedschaft und mehr noch bei der Mandatsverteilung. Haben bei der Bundestagswahl 2025 die Grünen aktuell einen Frauenanteil von deutlichen 61,2 % und die Linken einen von 56,3 %, so sinkt er bei der SPD auf 41,7 %, bei der CDU/CSU auf 23,1 % und bei der AFD auf magere 11,8 %.

Die Gründe liegen auf der Hand: sie sind im Wahlrecht und den parteiinternen Regelungen, wie Quoten oder Reißverschlußverfahren bei den Aufstellungen zu finden. Dies bedeutet, dass politische Entscheidungen über die Verfahren in erster Linie ausschlaggebend sind für die ungleiche Verteilung der Geschlechter. Sie liegt nicht in der Person der Kandidatinnen, schuld sind die Wahlgesetze und Satzungsregelungen der Parteien. Diese sind durch Beschlüsse des Parlaments und der Parteigremien veränderbar. Einzig der politische Wille entscheidet.

Ein internationaler Vergleich der unterschiedlichen Wahlrechtsbestimmungen zeigt deutlich die Auswirkungen von Wahlsystemen auf die Zusammensetzung der Parlamente. Sehr pauschal gesagt: Verhältniswahlsysteme erleichtern die Chancen von Frauenkandidaturen, ein wie auch immer



ausgestaltetes Mehrheitswahlrecht verringert den Frauenanteil bzw. erschwert die Berücksichtigung von Frauen. Manche Wahlsysteme reservieren sogar spezielle (begrenzte) Sitze für Frauen.

Diese Art der Lenkung eines bestimmten Frauenanteils soll jedoch kein Beispiel für uns sein. Auch die französische Regelung, nach der Parteien, die zu wenig Frauen aufstellen, Strafgebühren zahlen müssen, sollte in Deutschland nicht unbedingt eingeführt werden. Zielführender dürfte sein, den Wahlberechtigten größere Auswahlmöglichkeiten für einzelne Kandidaten zu geben, wie z.B. durch die Abkehr von starren Listen hin zu begrenzt offenen Listen. Jedenfalls wirbeln häufig die Wahlberechtigten die geplante Reihenfolge stark durcheinander. Nicht immer zur Freude der Parteien. Aber grundsätzlich ist festzuhalten, das Wahlvolk hat ohnehin lediglich die Wahl zwischen bereits „vorsortierten“ Personen. Dies gilt für Wahlkreiskandidaturen wie für die Zweitstimmenlisten gleichermaßen. Unabhängige, eigenständige Kandidaturen sind, außer bei Kommunalwahlen, äußerst selten und vor allem waren sie bisher nie erfolgreich. Fazit: die Parteien entscheiden, aus welcher vorher getroffenen Auswahl die Wahlberechtigten wählen dürfen. Sie haben es also in der Hand für eine bessere Repräsentanz von Frauen zu sorgen. Und die Ausrede gilt nicht, dass Frauen schlechter gewählt werden. Es gibt genügend Beispiele, sogar für das Gegenteil.

Quoten sind das Zauberwort für den Erfolg, jedenfalls bei den Parteien, die fast ausschließlich über die Listen gewählt werden. Eventuell sogar noch durch ein Reißverschlußverfahren abwechselnd „Mann Frau, Mann Frau“ oder noch effektiver „Frau Mann, Frau Mann“. Die Grünen praktizieren dies mit Erfolg. Und auch der Frauenanteil bei der SPD mit der parteiinternen 40 % Quote für jedes Geschlecht zeigt, dass die Vorgabe wirkt. CDU/CSU, FDP und AfD lehnen eine Quote für öffentliche Ämter ab. Die Ergebnisse hinsichtlich der Frauenrepräsentanz sind entsprechend! Der Grund liegt aber auch darin, dass CDU/CSU und AfD überwiegend die Wahlkreise gewonnen haben und die Kandidaturen dort, jedenfalls bei den bei uns geltenden Einpersonenwahlkreisen, schwer zu steuern sind. Jedenfalls ist die Quote kein Allheilmittel!

Welche Gründe sind ausschlaggebend? Die Rollenbilder, die Aufstellung durch die Basis, die Tatsache, dass Frauen „gefragt“ werden wollen und nicht von sich aus Kandidaturen anstreben (wie es eine Befragung der Hanns-Seidel-Stiftung von Kommunalpolitikerinnen ergab) oder gar an der Qualifikation, Kompetenz oder Erfahrung von Frauen, wie aus der Stellungnahme der stv. Generalsekretärin der CDU zur Ablehnung von Quoten bei der Besetzung von Kabinettsposten hervorgeht. Diese Eigenschaften will sie sicherlich den Frauen der Union nicht absprechen. Aber immer wieder werden diese „Argumente“ gerade von Frauen vorgebracht. Sie wollen wegen ihrer Leistungen gewählt werden und keine „Quotenfrauen“ sein. Auch ich habe dies früher mit Nachdruck vertreten, weil ich glaubte Frauen beweisen ja laufend, dass sie geeignet sind und dies führe langfristig schon zum Erfolg. Die jahrzehntelange Erfahrung im parteipolitischen Geschäft hat mich von diesem Glauben abgebracht. Leider sind Erfahrungen schwer an die nächste Generation weiterzugeben. Parteitage, bei denen jüngere Frauen gegen die älteren in der Frauenfrage auftreten, mögen den männlichen Delegierten gefallen, aber der Sache schaden. Und ausgezahlt hat es sich für die jüngeren auch nicht. Ich könnte auch hier genügend Beispiele nennen.

Zwar finde ich eine Quote nicht schön, aber nützlich. Sie ist ein Hebel, auf diesem Weg zu beweisen, dass man etwas leisten kann und erfolgreich ist. Auch ich war (ohne Quote) fast immer eine Alibifrau (damals galt „darunter eine Frau“, also reservierte Plätze), glaube aber etwas daraus gemacht zu haben, Frauen den Weg vorbereitet zu haben. Leider im Schneckentempo, aber immerhin.



Innerhalb der CSU kam 2025 eine einzige Frau mehr in den Bundestag als 2021. Und eigentlich war auch eine zweite erfolgreich, aber die Wahlrechtsreform mit dem Prinzip der Zweitstimmendeckung führte dazu, dass trotz gewonnener Wahl, sie kein Mandat erhielt. Ihr Wahlkreis galt als unsicher (er war 2021 von den Grünen gewonnen worden) und deshalb hielt sich der Andrang innerparteilich in Grenzen. Sie siegte über die bisherige Abgeordnete, aber die Stimmenzahl reichte ihr dennoch nicht für den Einzug ins Parlament. Für sie bitter, denn die Unterlegene ist über die Liste der Grünen in den Deutschen Bundestag eingezogen. Auch ein solches Resultat kommt durch Verfahrensregeln zustande und gilt als demokratisch.

Die CSU ist eine Partei, die ihre Mandate durch erfolgreiche Wahlkreiskandidaturen erreicht. Die Liste, über die früher die Frauen zusätzlich einzogen, hat über die Jahrzehnte an Bedeutung verloren. Heute dient sie eher dazu, die Frauenfreundlichkeit nach außen zu dokumentieren, ohne dass sie in der Realität wirksam wird. Erstmals wurde bei dieser Bundestagswahl durchgängig das Reißverschlussverfahren angewandt, wohl wissend, dass es äußerst unwahrscheinlich war, dass auch nur eine einzige Person über die Liste eine Chance hätte. Viele Frauen stellten sich für Kandidaturen zur Verfügung und machten eifrig Wahlkampf. Die Frauenorganisation der Partei feierte die Liste mit den vielen Frauen als großen Erfolg. Dabei war sie nur ein Feigenblatt für die geringe Anzahl der Direkt-Kandidatinnen. Ein Aufschrei war ausgeblieben, aus Wohlverhalten oder Anpassung oder mangelndem Realitätsbewusstsein, bleibt offen. Eine Gruppe, die sich so behandeln lässt, wird wohl wenig ernstgenommen, leider. Übrigens gab es bei der vorletzten Europawahl eine Liste schon mal nach dem Prinzip Mann Frau, Mann Frau und gleich viele Männer wie Frauen zogen in das Europaparlament. Eine der Frauen kandidierte nicht mehr und bei der nächsten Aufstellung siegte der Regionalproporz über die Frauenrepräsentanz. Aktuell sind deshalb nur noch zwei Frauen, aber vier Männer für die CSU im Europaparlament. Auch hier keine Reaktion bei der Abkehr vom neu eingeführten Prinzip.

Die ehrliche Analyse zeigt, der bisherige Weg war nicht erfolgreich. Und Frauen wählen nicht mehr automatisch die Union. Mehr Männer als Frauen haben sich in dieser Wahl für sie entschieden. Wie glaubhaft ist deshalb für die Union noch der Satz „ohne Frauen ist kein Staat zu machen“? Na ja, wie viele Frauen dazu nötig wären, ist ja in dieser Aussage nicht enthalten. Leider begnügen sich viele Parteifrauen mit dem, was man ihnen freiwillig zubilligt. Nicht unangenehm auffallen, nicht lästig sein und damit gefallen oder beliebt sein. Bekanntlich neigen Frauen eher zur Harmonie. Oder haben sie resigniert, das wäre fatal für die Zukunft! Ein Blick auf die letzten Wahlvorschläge der CSU genügt: keine Direktkandidatin unter 35 Jahren und bei der Liste war der Spitzenkandidat der Jugendorganisation natürlich ein junger Mann. Bei den 31 Listenkandidaturen der Jungen Union waren ganze 8 junge Frauen zu finden. Nicht gerade umwerfend und zukunftsorientiert. Hinzu kommt: eine dieser Kandidatinnen, die von der Frauen-Union vorgeschlagen war, aber auch Mitglied der Jungen Union ist, landete auf dem vorletzten Frauenplatz der Liste. Ein Zufall?

Zurück darf es nicht gehen, die AFD ist abschreckendes Beispiel genug. Also doch die Quote und eine engagierte Frauenpolitik. Leisetreterei wird nicht honoriert. Engagierter Einsatz ist gefragt. Lernen wir von anderen Interessengruppen. Sie geben sich stolz, wenn sie berücksichtigt werden „Ich vertrete die Jugend, die Landwirtschaft, den Mittelstand, ich vertrete Mittelfranken, ich komme aus...“. Frauen dagegen entschuldigen sich, distanzieren sich von einer „Frauenvertretung“, andere brüsten sich dagegen und sind gerne werbewirksam „Interessenvertreter“. Wie verwässert die Aussagen zur Gleichberechtigung inzwischen innerparteilich sind, zeigt auch der Blick in die Parteisatzung. Noch „soll“ ein stellvertretender Parteivorsitzender unter 40 Jahre alt sein. Hat dies mit der Qualifikation zu



tun? Während die Forderung nach mindestens 4 Plätzen für junge Kandidaten unter den ersten 10 auf der Kommunalliste als völlig normal angesehen werden, ist gleiches für Frauen igitt. „Ihr wollt doch keine Quotenfrauen sein“ lautet die abwertende Reaktion. Warum eigentlich nicht, sollte die Antwort lauten.

Lange hat es gedauert, bis die Frauenfrage in der Öffentlichkeit und im Parlament angekommen ist. Waren es 1949 im Parlamentarischen Rat vier Frauen aus verschiedenen Parteien, die sich vehement dafür einsetzten, den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz zu verankern, dauerte die Umsetzung in konkrete Politik sehr lange. Ein erstes Gleichberechtigungsgesetz, das dem entgegenstehende Bestimmungen außer Kraft setzte, konnte erst in der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erlassen werden. Viele Entscheidungen kamen nur zögernd, z.B., dass Frauen ohne Erlaubnis des Ehemannes den Führerschein machen können (1958), ein Konto eröffnen konnten (1962) oder ohne Erlaubnis des Ehemannes arbeiten durften (1977). Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurde noch später eingeführt (1980), das Namensrecht, nach dem Frauen nicht mehr den Namen des Ehemannes führen müssen, wurde erst 1994 verabschiedet und seit 1997 gilt Vergewaltigung in der Ehe als Verbrechen. Die wenigen Frauen im Deutschen Bundestag kämpften beharrlich und über Parteigrenzen hinweg.

Zieht man Bilanz, so wurde Wesentliches erreicht, wenn auch langsam. Ohne Unterstützung der Frauenbewegung, die vorkämpfend oder unterstützend auftrat, wäre dies alles nicht möglich gewesen. Und ohne den Einzug der Grünen 1983, die neben dem Umweltflügel und der Friedensbewegung eine starke Frauengruppe hatte, die lautstark und unerschrocken Frauenthemen diskutierten und forderten, auch nicht.

Mit der Wiedervereinigung wurde im Einigungsvertrag die Diskrepanz in Fragen der Gleichberechtigung deutlich angesprochen und Handlungsbedarf angemahnt. Ein Resultat dieser Einsicht war die Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes mit dem Satz „der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Explizit wird somit der Gesetzgeber aufgefordert, die Frauenförderung aktiv zu betreiben. Auch diese Grundgesetzänderung hätte es ohne die interfraktionelle Zusammenarbeit der weiblichen Abgeordneten und die lautstarke Beteiligung und Mobilisierung der Öffentlichkeit durch die Vertreterinnen der alten und neuen Frauenbewegung nicht gegeben.

Die Einsicht, dass es immer noch Bereiche gibt, in denen Frauen benachteiligt werden und gravierende Menschenrechtsverletzungen auftreten, dass Bestimmungen sich unterschiedlich auf Männer und Frauen auswirken und eine gezielte Förderung notwendig machen, hat mental und praktisch zu gesellschaftlichen Veränderungen geführt. Die Frauen, die dies vehement gefordert und durchgesetzt haben, können stolz darauf sein. Der gemeinsame Kampf über Organisations- und Parteigrenzen hinaus, hat sich gelohnt. Er darf aber noch nicht zu Ende sein. Es gibt noch einiges zu tun. Eine bekannte Wissenschaftlerin schrieb 2020 in der Zeitschrift DIE ZEIT „Frauen sollten mehr kämpfen. Ich bin etwas enttäuscht, dass die junge Frauengeneration den enormen Fortschritt der letzten Jahre nicht richtig zu schätzen weiß“.

Ich teile diese Einschätzung und stelle fest, dass die Gemeinsamkeit der Frauen sich aufzulösen scheint, ja eine Spaltung droht. Klar, dass viele Männer sagen, es reicht: denn jede Position, die heute neu von Frauen besetzt wird, muss von Männern frei gemacht werden, freiwillig oder unfreiwillig und



diese sehen dies als Beeinträchtigung, als Diskriminierung. Nein, die Spaltung geht von den Frauen selbst aus, sie geht durch die verschiedenen Frauengruppen und Frauengenerationen.

Leistungen von Frauenrechtlerinnen wie Alice Schwarzer werden heute vom Ansatz her als falsch bezeichnet, sie selbst persönlich verunglimpft und ausgegrenzt. Man muss nicht alle Positionen teilen, nicht alle Aktionsformen gutheißen, dennoch, wer ehrlich ist, ohne Zeitschriften wie EMMA oder auch die längst vergangene COURAGE, ohne den Mut, unpopuläre oder bisher unausgesprochene Forderungen zu erheben und auch zu provozieren, wären wir heute nicht so weit. Die Frauenfrage überhaupt in Abrede zu stellen und die damaligen Entscheidungen abzuwerten, ist gefährlich und spielt jenen in die Hände, die sie immer verzögert, bekämpft oder abgelehnt haben. Sie unterstützen jene, die Frauen in die alte Frauenrolle zurückdrängen wollen. Ja, dagegen müssen wir eintreten und aktiv kämpfen.

Für gefährlich halte ich jedoch auch Bestrebungen, Frauen sprachlich auszugrenzen, sogar soweit zugehen, gezielt Frauenförderung zurückzufahren zu Gunsten von Gruppen in der Gesellschaft wie LGBT (Lesben, Homosexuelle, Bisexuell und Transgender). Natürlich benötigen diese öffentliche Aufmerksamkeit und gezielte Unterstützung. Sie haben sich jedoch ein breites Netzwerk aufgebaut und sind dabei erfolgreich, die bisherige Arbeit zu Lasten der Frauen zu diskreditieren und Maßnahmen zurückzufahren. Im Extremfall beschimpfen sie alle, die den Begriff Frau oder weiblich verwenden als „Terf“ (Trans-Exclusionary Radical Feminist), also als Person, die transgender Personen, insbesondere Transfrauen diskriminiert. Darum geht es doch nicht. Natürlich dürfen diese nicht ausgegrenzt werden und auch deren Interessen sind zu berücksichtigen. Aber nicht zu Lasten der Frauen. Warum soll der Begriff Frauen untergeordnet oder gar eliminiert werden. Aber genau dies geschieht. Oder wie ist es zu verstehen, wenn bei einer Abfrage der Geschlechtszugehörigkeit in universitären Kreisen gefragt wird „welchem Geschlecht ordnen Sie sich zu“ und die Antwortvorgabe wie folgt lautet:

- FINTA
- männlich

Das männliche Geschlecht bleibt „natürlich“ bestehen, ganz ohne Zusatz, weiblich verschwindet und wird ersetzt durch FINTA (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und asexuelle Personen) häufig auch FLINTA (Frauen, Lesbian...) und oft mit Sternchen. Die Frau ist eine unter Vielen und dem männlichen steht eine Vielzahl von Diskriminierten gegenüber. Frauen werden zu einer Gruppe unter vielen, oder einfach mitgemeint in einer Personengruppe, die nicht männlich ist (oft auch cis männlich).

Sie sind mitgemeint. Das kennen wir doch, nicht umsonst haben wir uns jahrelang gegen das sprachliche „Mitmeinen“ gewehrt. Weiblich gibt es nicht mehr. Aus Scheu, Minderheiten herabzusetzen, verzichten wir auf unsere eigene Identität, lassen uns zurücksetzen und verschwinden. Wie uneigennützig und rücksichtsvoll. Aber männlich bleibt ohne Zusätze. FINTA ist der negative Höhepunkt in der Anpassung der Sprache, die eine neue Realität abbilden soll. Die Folgen sind nicht abzusehen. Aber, kaum werden neue Theorien in kleinsten Zirkeln diskutiert, ziehen sich Frauen mit ihren Anliegen zurück, akzeptieren es und verzichten auf Erreichtes ohne Widerstand. Den Frauen, die dies nicht mitmachen, droht die Verachtung, der Ausschluss. Wollen wir dies tatsächlich zulassen?

Ich bin stolz, als Frau viel erreicht zu haben.



Ich bin stolz, für Frauen viel erreicht zu haben.

Ich weiß, dass noch viel zu tun ist, damit Frauen gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben.

Ich weiß aber auch, dass das, was erreicht wurde, schnell verloren gehen kann.

Sind wir uns dessen bewusst und kämpfen solidarisch als Frauen weiter.

Wir haben Kostbares zu verlieren.